



GuntherKrichbaum

Platz der Republik 1, 11011 Berlin
Telefon: 030/227-70371 Telefax: 030/227-76371
E-Mail: gunther.krichbaum@bundestag.de
www.gunther-krichbaum.de

Berlin aktuell

Informationen Ihres Bundestagsabgeordneten
für Pforzheim und den Enzkreis

EU-Staaten einigen sich auf Fiskalvertrag

Griechenland-Hilfe kann noch nicht beschlossen werden

Den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union ist auf ihrer informellen Tagung am 30. Januar 2012 etwas Besonderes gelungen: Nach weniger als zwei Monaten Verhandlungszeit haben sie sich auf den sogenannten Fiskalvertrag geeinigt.

Mit diesem völkerrechtlichen Vertrag werden die Haushaltsregeln der Wirtschafts- und Währungsunion verschärft. Alle teilnehmenden Länder verpflichten sich zu strikter Haushaltsdisziplin und besserer wirtschaftlicher Koordinierung. Wer sich dennoch als Defizitsünder erweist, den treffen automatische Sanktionen. Der Vertrag soll im März unterzeichnet und dann schnellstmöglich ratifiziert werden.

Der Vertrag zieht harte Konsequenzen aus der Schuldenkrise in Europa: Die unterzeichnenden Staaten verpflichten sich, eine Schuldenbremse nach deutschem Muster einzuführen. Die jährliche Neuverschuldung, um Konjunkturerfekte und finanzielle Transaktionen bereinigt, darf 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) nicht überschreiten. Ist dies dennoch der Fall, sollen automatische Korrekturen greifen. In einem neuen Verfahren sollen EU-Kommission und Europäischer Gerichtshof überprüfen, ob die Staaten ihrer Pflicht zur Einführung der Schuldenbremse nachkommen. Stellt der EuGH fest, dass dies nicht oder nicht in ausreichender Form geschehen ist, kann er in einem weiteren Verfahren Sanktionen gegen den betroffenen Staat verhängen. Einen entscheidenden Fortschritt für mehr Haushaltsdisziplin bringen automatische Sanktionen bei Verstößen gegen das EU-Defizitkriterium. Künftig wird ein Defizitverfahren automatisch ausgelöst und kann nur mit qualifizierter Mehrheit im Rat der Finanzminister verhindert werden. Damit wäre ein großer Schwachpunkt des Maastricht-Vertrags beseitigt: Konsolidierungsunwillige Länder können sich nicht

mehr miteinander verbünden, um Sanktionen zu umgehen, wie es 2004/2005 Bundeskanzler Schröder und der französische Präsident Chirac taten.

Besondere Schlagkraft erhält der Vertrag durch seine Verknüpfung mit dem Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM. Wer zukünftig Hilfen aus dem ESM in Anspruch nehmen will, muss den Fiskalvertrag ratifiziert und innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten eine nationale Schuldenbremse eingeführt haben.

25 der 27 EU-Mitgliedstaaten wollen den Vertrag beim Europäischen Rat am 1./2. März unterzeichnen, anschließend ratifizieren und umsetzen. Großbritannien und der Tschechischen Republik, die sich vor allem aus innenpolitischen Gründen nicht beteiligen, steht eine spätere Teilnahme weiterhin offen.

Entscheidung zu neuem Griechenland-Paket noch offen

Nach langen Verhandlungen scheinen die Parteien in Griechenland endlich ihre gegenseitige Blockadehaltung aufgegeben zu haben und dem von der Troika verlangten Spar- und Reformprogramm zugestimmt zu haben. Allerdings haben die Finanzminister der Euro-Gruppe heute Nacht in Brüssel sich auf diese vagen Zusagen nicht verlassen. Sie haben vielmehr die Entscheidung über ein neues Hilfspaket auf Mitte nächster Woche verschoben. Bis zu diesem Zeitpunkt müssen sämtliche Bestandteile der Vereinbarung vom griechischen Parlament auch tatsächlich 1:1 umgesetzt werden. Dies ist eine Lehre aus den letzten zwei Jahren: Viel zu oft wurden Zusagen im parlamentarischen Verfahren derart verwässert, dass sie letztlich wirkungslos blieben. Erst nach einem Beschluss der Finanzminister kann dann der Bundestag über seine Zustimmung beraten. Hierzu kommt es am 27. Februar zu einer Sondersitzung.

Koalitionsarbeitsgruppe zur Zukunft der ländlichen Räumen eingesetzt

Etwa jeder zweite Deutsche wohnt in einem Dorf oder in einer der kleinen und mittleren Städte des ländlichen Raums. Nicht nur in Ostdeutschland, sondern zunehmend auch in den alten Bundesländern bergen aber Bevölkerungsrückgang und die wirtschaftliche Sogwirkung der Metropolen die Gefahr, dass die ländlichen Regionen zurückfallen und die Herstellung gleichwertiger Lebensverhältnisse immer schwieriger wird. Die Bundesregierung hat hierzu im Herbst mit dem Demographiebericht und nun mit dem Raumordnungsbericht umfassende und beeindruckende Untersuchungen vorgelegt, die jetzt ausgewertet werden müssen. Hierzu haben die Koalitionsfraktionen eine Arbeitsgruppe gebildet, die innerhalb des ersten Halbjahres konkrete Lösungsansätze zugunsten der Entwicklung der ländlichen Räume erarbeiten soll. Die christlich-liberale Koalition will nicht zulassen, dass Verfügbarkeit und Qualität von Infrastruktur und Daseinsvorsorge zu Konzentration und Überangebot auf der einen und Verfall und Verflachung auf der anderen Seite führen. Neue Wege des Ausgleichs und der Kooperation müssen gefunden werden, um das Thema Stadt-Land-Gefälle nicht zu einem Problem werden zu lassen.

Maßnahmen gegen Gewalt in Fußballstadien verstärken

Der Sportausschuss des Deutschen Bundestages befasste sich in dieser Woche in einer öffentlichen Anhörung mit dem Thema „Gewalt in und um Fußballstadien“. Die Sicherheit eines jeden Zuschauers, aber auch eines jeden Spielers und Schiedsrichters muss bei Fußballspielen gewährleistet sein. Der Alltag sieht leider anders aus: Allein in den drei oberen Fußball-Ligen verzeichnete die Zentrale Informationsstelle Sparteinsätze (ZIS) für die Saison 2010/11 1.077 Verletzte. Zur Vermeidung und Eindämmung von Gewalt müssen die Sportverbände, Vereine, Ligen und Fans gemeinsam mit der Politik und den Ordnungsbehörden stärker zusammenarbeiten. Für die Unionsfraktion gilt beim Thema Gewalt wie beim

Doping das Null-Toleranz-Prinzip. Zudem lehnen wir aus Sicherheitsgründen die Verwendung von Feuerwerkskörpern in den Stadien klar ab.

Bürgerdialog der Bundeskanzlerin gestartet

In ihrer Neujahrsansprache hat die Bundeskanzlerin drei für die Zukunft unseres Landes wesentliche Fragen aufgeworfen: Wie wollen wir zusammenleben? Wie sichern wir unseren Wohlstand? Wie lernen wir als Gesellschaft? Die Bundesregierung diskutiert diese Frage seit dem Frühjahr 2011 mit Wissenschaftlern und Praktikern. Aber da es um unser aller Zukunft geht, hat sie in der vergangenen Woche einen öffentlichen Dialog der Bürger und der Zivilgesellschaft begonnen. Er steht unter dem Titel „Menschlich und erfolgreich. Dialog über Deutschlands Zukunft“. Über die Bürger-Internet-Plattform www.dialog-ueber-deutschland.de können sich interessierte Bürgerinnen und Bürger daran beteiligen. Darüber hinaus wird die Bundeskanzlerin bei drei Bürgergesprächen im Februar und März mit den Menschen vor Ort in Erfurt, Heidelberg und Bielefeld diskutieren. Im Mittelpunkt sollen dabei konkrete Handlungsvorschläge und Anregungen für die Bundespolitik stehen, die die Bundesregierung weiterverfolgen und in der Gesetzgebung oder anderen Initiativen umsetzen kann. Die Ergebnisse des Zukunftsdialoges werden im Juli veröffentlicht. Durch den Dialog soll eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Zukunft unseres Landes angeregt werden. Dabei bietet der Zukunftsdialog eine gänzlich neue Form der politischen Beteiligung, die stark auf den Prozess gegenseitigen Zuhörens, Diskutierens und voneinander Lernens setzt.

Deutlicher Lohnzuwachs im Jahr 2011

Die Nominallohne sind in Deutschland 2011 voraussichtlich um 3,3% gegenüber dem Vorjahrswert angestiegen. Da sich die Verbraucherpreise zugleich um 2,3% erhöhten, verbleibt ein reales Lohnplus von 1%. Zum Vergleich: 2010 waren sie um 1,5 % gestiegen, 2009 um 0,4 % gesunken.